

Nießer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlag: Nießer Verlag, Nieße, Markt 22.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Nieße, sowie des Gemeinderates Gröbba.

Verlagskonto: Leipzig 21894, Gröbba Nr. 22.

Nr. 108.

Mittwoch, 4. Mai 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Zeitungspapier enthält jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, 2000 Exemplare, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellung, bei Abholung monatlich 3.10 Mark ohne Zustellung. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für die Druck- und Färbung ist nicht übernommen. Preis für die 40 mm breite, 1 mm hohe Grundfläche 10 Pfennig. Mehrere Zeilen Rabatt, wenn der Betrag verfallt, durch Nachzahlung eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in die Kosten der Nachzahlung einverstanden ist. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Ereignisse des Reiches — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Druck- und Verlagsort: Nieße, Verleger: Nießer Verlag, Nieße, Markt 22. Geschäftsstelle: Gröbba, Gröbba Nr. 22. Verantwortlich für den Inhalt: Nieße, Nieße, Markt 22.

Strohverföhrung betr.

Aus den Strohbeständen des Kommunalverbandes können für die laufende Woche vom 1. bis 7. 5. 1921 abgegeben werden:
Kornstroh zum Preis von 0,20 M.
Stroh- und Strohballen zum Preis von 0,25 M.
ausgewogene Pfund. 12.— M.
Gröbba, am 3. Mai 1921.
Die Amtshauptmannschaft.

Butter betr.

Abends 14, gültig vom 9.—15. 5. 1921, darf mit einem Kilo 1 Stückchen Butter geliefert werden.
Gröbba, am 3. Mai 1921.
Der Kommunalverband.

Rohlenartenausgabe in Gröbba.

Freitag, den 6. April 1921, nachmittags von 4—5 Uhr werden in den bekannten Marktangeboten die Rohlenarten auf die Zeit vom 1. Mai bis 30. September 1921 abgegeben. Dieselben sind bis spätestens Dienstag, den 10. Mai 1921 bei einem Rohlenhändler anzumelden.
Gröbba (Elbe), am 3. Mai 1921.
Der Gemeinderat.

Ev. luth. Kirchengrundsteuer-Zuschlag in Gröbba.

Nachdem vom Finanzamt Nieße dem Kirchenverband in Gröbba genehmigt worden ist, auf jede haarklaare Grundsteuer-Einheit einen Zuschlag von 5 Pf. zu erheben, fordern wir hiermit alle Hausbesitzer ev. luth. Glaubensbekenntnisses auf, den am 30. April 1921 fällig gewordenen Beitrag bis 14. Mai 1921 an die hiesige Steuerkasse zu bezahlen.
Gröbba (Elbe), am 3. Mai 1921.
Der Gemeinderat.

Vertikales und Sächsisches.

Nieße, den 4. Mai 1921.
Der Jugendring Nieße hat vom Ministerium die Erlaubnis erhalten, am 5. und 6. Mai eine Haus- und Straßensammlung für seine idealen Zwecke und zur Unterstützung der zentralen Stellen zu veranstalten. Viele sind durch die Demonstrationen des Jugendrings in der Woche vom 26.—30. April schon von dem starken Willen und dem Eifer der Jugend der hiesigen Stadt überzeugt worden. Der noch mehr Unterstützung wünscht, dem anzuschließen, ist von den Sammlern die betreff. Broschüre (1,50 M.) zu lassen. Lehrer, Kerle, Juristen usw. können durch die Verteilung dieser Broschüre, am 30. April 1921, die Verteilung der Jugendringarbeit beschleunigen. Unsere Sammler sind auch bereit, Schulbücher zur sofortigen Verteilung entgegenzunehmen. Wir lassen die Beleg dann einpacken.

In die deutschen Frauen Nieße's & Co. von Frau U. v. dem. Braune ist aus Anlaß der Kranke des Leibes der früheren Kaiserin folgendes Dankschreiben aus Potsdam eingegangen: „Seine Majestät der Kaiser und Königin hat mich beauftragt, Ihnen für die aus Anlaß des Gedankens Ihrer Majestät der hochseligen Kaiserin und Königin, meiner geliebten Mutter, dargebrachte Blumenkränze den wärmsten Dank auszusprechen. Eitel Friedrich, Prinz von Preußen.“ Da immer noch Beiträge für die Kranke eingehen, läßt sich die aufgenommene Summe noch nicht genau angeben. Seit heute aber bereits heute, daß die vollständige Summe die Kosten des Kranzes erheblich übersteigt. Der Betrag wird wohlfröhlich Spenden, die zugleich der Stille und Erhaltung bedürftigen Volkstums dienen, verwendet werden. Spenden werden noch angenommen.

Gegen die Abänderungsvorschläge des Sächsischen Arbeitsministers betr. die Beschäftigungsordnung. Nach Pressemitteilungen hat der sächsische Arbeitsminister beim Reichsarbeitsministerium eine Anzahl von Abänderungsvorschlägen zu der Beschäftigungsordnung vom 8. November 1920 betr. Maßnahmen gegen über Betriebsstörungen usw. gestellt, die diese Verordnung wesentlich verschärfen und die Bewegungsfreiheit der Arbeitnehmer weiter einschränken sollen. In diesen Vorschlägen, die zugleich weitgehende Sozialisierungsabsichten verfolgen, steht, wie der Verband Sächsischer Industrieller mitteilt, das Zugeständnis, daß der Zweck der Verordnung auf dem bisherigen Wege nicht erreicht werden kann, sondern daß ihre Anwendung zu bedauerlich ist, daß man in schwierigen Fällen lieber davon abläßt, um etwaige ungewisse Schädigungen der Wirtschaft — der einzelnen sowohl wie der allgemeinen — sowie daraus sich ergebende Schadenersatzpflichten zu vermeiden. Der Grund des mangelnden Erfolges ist nicht etwa die Unvollständigkeit der Verordnung und die zu geringen Befugnisse der Behörde, sondern die Tatsache, daß ein Industriebetrieb eben auf bedingtem Befehl auch nicht weiter geht, wenn die private Initiative des Unternehmers nicht mehr ausreicht, ihn zu erhalten. Daß der Staat noch vorgeschrittener Eingriffe mit dem gleichen Betrage besser wirtschaften würde als der frühere Unternehmer, der ein persönliches Interesse an den Erträgen hatte, dürfte nach den Erfahrungen der letzten Jahre mit den sozialisierten Betrieben auch der Herr Arbeitsminister nicht bestreiten können. Der Verband Sächsischer Industrieller will auf Grund seiner Erfahrungen nachdrücklich auf die Notwendigkeit hin, gerade in der bestehenden schweren Krise die Unternehmungslust mit allen Mitteln zu unterstützen und den Industriellen und Fabrikanten an gemeinsamen Betrieben alle Vermittlungen aus dem Wege zu räumen, die ihnen sonst offen sind und sogar finanzielle Opfer erfordern, die ihre Unternehmen demotivieren können. Die neuen Vorschläge des sächsischen Arbeitsministers, die er weiter zu fördern, daß die Beschäftigungsordnung, die noch auf dem Demobilisierungswege unter Berücksichtigung der verhältnismäßigen Form der Beschäftigungsordnung zu übernehmen ist, auf ihre bisherige Wirkung nachprüfen, um zu sehen, ob sie ihren Zweck nicht erfüllt hat, anzunehmen und die Beschäftigungsordnung des Arbeitsministers nicht zu genehmigen, die Funktionen der Funktionen der

Entente schwer um ihre Existenz ringende Wirtschaft noch lebensfähig zu halten.

Landtag und Besoldungsordnung. Der Untersuchungsausschuß des Landtages für die Besoldungsordnung tagte vorgestern zum ersten Male gemeinsam mit den Vertretern der Regierung und beschloß nach einer langen Aussprache über die geschäftliche Behandlung des Gegenstandes, sofort in die Einzelberatung der Besoldungsordnung und der Besoldungspläne einzutreten und diese so schnell wie möglich durchzuführen, zu diesem Zweck auch während der Sitzungspause zu tagen. Weiter wurde beschlossen, einem Antrage des Landesverbandes Sachsischer deutscher Beamtenverbände insofern stattzugeben, als Vertreter der Expertenorganisationen gehört werden sollen.

Umtausch von Einkommensteuermarken und Ertrag für verbundene Steuermarken. Das Landesfinanzamt Dresden teilt mit: Unbeschädigte Einkommensteuermarken können gegen Steuermarken anderer Werte umgetauscht werden. Wegen erhebliche Mißstände sind die Erträge in bar zugestanden werden. Für verbundene Einkommensteuermarken kann die Erstattung im Wege des Umtausches erfolgen, wenn der Ertrag mindestens eine Mark beträgt und wenn von den Marken noch kein oder kein solcher Gebrauch gemacht worden ist, demgegenüber durch die Erstattung das Steuerinteresse gefährdet erscheint. Irrtümlich oder zu Unrecht entwertete Steuermarken fallen nicht unter diese Bestimmung; sie werden nicht umgetauscht. Dasselbe gilt für entwertete oder nicht entwertete Steuermarken, die von Steuerfaktoren abgelöst oder aus Vordruckten ausgeschlitten sind. Die Anträge auf Umtausch oder bare Veranschlagung sind an die Bestell-Postanstalt des Antragstellers zu richten. In allen Fällen, wo die Postverwaltung nach Vorstehendem dem Umtausch oder Ertrag von Steuermarken nicht vormittelt, sind die Finanzbehörden zuständig.

Irrege Ansichten über die Arbeiten des Landtages. In einem Teile der Presse wurde der Eindruck zu erwecken versucht, als ob es auf den Einfluß der Reichstagsparteien des Landtages zurückzuführen sei, daß die Beratung über den Etat für 1921 erst im Herbst stattfinden soll. Es wird ihnen dort ferner zum Vorwurf gemacht, daß sie durch unbegründetes Ausschließen von Finanzfragen die Verhandlungen des Landtages künstlich verschleppen. Dazu läßt der Vorsitzende des Haushaltsausschusses A. durch die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei folgendes mitteilen: „In Uebereinstimmung aller Parteien ist sowohl im Untersuchungsausschuß für die Besoldungsordnung wie auch im Haushaltsausschuß A. dessen Vorsitzenden der Auftrag erteilt worden, den Landtagspräsidenten zu bitten, den Ausschüssen einige Tage Gelegenheit zu ungestörter Arbeit zu geben, damit es überhaupt möglich werde, 1. sämtliche Kapitel des Budgets noch vor den Finanzminister im Haushaltsausschuß A. zu verabschieden und 2. den Untersuchungsausschuß für die Besoldungsordnung in die Lage zu versetzen, noch vor den Ferien in die Generaldebatte über die Besoldungsordnung einzutreten. Die Abstimmung über sämtliche Etatartikel soll noch im Plenum in der letzten Sitzung vor den Ferien vorgenommen werden. Die Entscheidung über die Beratung des Etats für das Jahr 1921 erfolgt am außerordentlichen Bundestag der Staatsregierung, und zwar lediglich deshalb, weil eine frühere Verabschiedung der Finanzgesetze aus technischen Gründen nicht möglich ist. Damit haben sich ebenfalls sämtliche Parteien des Landtages aus Gründen der Notwendigkeit einverstanden erklärt.“

Zur Bekämpfung der Bismarckraute. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß erlegte oder gelagerte Bismarckraute nicht mehr an das Forst-Boologische Institut zu Tharandt, sondern an die Direktion des Zoologischen Gartens in Dresden zu den gleichen Bedingungen wie bisher einzuliefern oder zur Abholung anzumelden sind. Die Immunität der Kommune. Der Untersuchungsausschuß des Landtages beschäftigte sich mit zwei Anfragen auf Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Sommer (Sachsen). Es handelt sich dabei um Sommer (Sachsen). Eine dieser Anfragen wurde für erledigt erklärt, weil die Strafverfolgung bereits vor Zusammenkunft des Bundestages eingeleitet war. Der zweite Antrag

wurde gegen die Stimmen der bürgerlichen Vertreter zurückgewiesen. Die Parteien der Linken betonten, daß ihnen die Immunität der Abgeordneten über alles ginge. Sie würden auch die Immunität eines deutschnationalen Hochverräters unter allen Umständen aufrechterhalten.

Poppitz. Hier hat sich eine Anzahl Männer und Frauen zu einer christlichen Elternvereinigung zusammengeschlossen. Diese hat es sich zur Aufgabe gemacht, das Recht der Eltern auf Religionsunterricht für ihre Kinder in der Schule nachdrücklich geltend zu machen und den Zusammenhalt aller herbeizuführen, die der Meinung sind, daß für evangelische Kinder auch evangelische Schulen mit evangelischem Unterricht da sein müssen. Zum Vorsitzenden der Elternvereinigung wurde Herr Buchhalter Gähler gewählt; außer ihm bilden Herr Wirtschaftsbef. Naumann, Herr Schneidermeister Dietel, Frau Kobiak und Frau Müller den Vorstand. Sie nehmen sämtliche Beitrittsanträge gleichgültig entgegen.

Gröbba. In der Nacht vom 29. zum 30. 4. 1921 sind aus mehreren Bodenstammern des Hauses Döcher Straße 11 mittels Einbruch folgende Gegenstände gestohlen worden: 2 Stück rote Steppdecken, innen grau, in einer ungefähr 10 cm großer runder aufgeschneider Fled, 1 grauer Plüschregenschirm (Bettstoff) mit Stempel (1. Jagd zu Pferd), 1 Wandtafel mit Blumenmuster, 1 braune Emaillepfanne mit Deckel, 1 Herrenrad, Marke „Deutschland“, Nummer unbekannt, schwarze Rahmen und Felgen, vordere Gabel von unten heraus etwa 15 cm vernickelt, hochgebogene Lenkstange mit Vordruck, Torpedoreifenlauf mit Rücktrittsbremse, gebrochene Sattelgabel, hinten neuer Zweidrehm, vorn abgefabrter Mantel, Wert 1000 Mark. Sachdienliche Wahrnehmungen wolle man der Polizeiwache Gröbba melden.

Dresden. Hofrat Kosenthal sollte nach einer in der auswärtigen Presse verbreiteten Meldung nach dem Sonnenstein gebracht worden sein. Dies ist, wie mitgeteilt wird, unzutreffend. Er befindet sich noch wie vor in Dresden. In Dresden-Striesan wird in der Nacht zum 5. Mai das erste vollautomatische Fernsprechart Sachsisches dem selbsttätigen Betriebe übergeben werden.

Baun. Eine böse Ueberraschung erfuhr ein junger Mann, der in der Nacht zum Sonntag auf Gänsefeld Lausitz im nahen Obergurgil weilte und die Wirkung von Leuzopul und Gegenpulver in ganz besonderer Weise empfinden sollte. Er hatte Feuerwerkskörper in der Tasche, die sich aus unbekannter Ursache plötzlich entzündeten. Die Ueberraschung des Betroffenen selbst wie seiner Umgebung läßt sich denken, als es in seiner Jackentasche plötzlich zu knallen, zu knistern und zu zischen anfing. Funken stoben und dicker Qualm aus der Tasche hervorquoll. Zum Glück verlor der Betroffene nicht die Gelassenheit und gab sich auf die Tasche, so daß der Leuzopul noch verhältnismäßig glimpflich abließ.

Zwönitz. Eine Einwohnerversammlung forderte die Stadtvertretung auf, bei der Behörde die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen Bürgermeister Heider und seine Absetzung zu fordern. Er wird beschuldigt, durch eigenmächtige Beteiligung an Lebensmittelaufkäufen der Stadtkasse schweren Schaden zugefügt zu haben.

Gröbba. Nachdem erk. Urk. auf der Straße Leipzig-Gröbba von einem jungen Manne durch Spielen an der Rotbremse der Zug willkürlich zum Halten gebracht worden war, hat sich am Donnerstagabend der Fall wiederholt. Der 7,7 Uhr von hier nach Leipzig abgehende Zug wurde kurz vor Gröbba durch Ziehen der Rotbremse zum Halten gebracht. Der Bedienter war ein ganz junger Bursche, der allein in einem Abteil saß und angab, sich beim Hinsehen aus dem Fenster an dem Griff der Rotbremse festgehalten zu haben. Jedenfalls hat er leichtsinnigerweise am Griff gehandelt. Der Zug erlitt einen Aufenthalt von einer Viertelstunde, die manchen Reisenden in Leipzig um den Anschlag gebracht haben dürfte.

Leipzig. Am 1. d. M. nachmittags wurde in der Dölicher Straße ein vierjähriger Knabe, der über die Straße laufen wollte, von einem Straßenbahnwagen umgerissen. Das Kind kam so unglücklich unter den Wagen zu liegen, daß es erst, nachdem jenes mit Binden gefestigt worden war,